

Themenschwerpunkt: Die USA nach der Präsidentenwahl. Mobilisierung sozialer Bewegungen und eine gespaltene Zivilgesellschaft

Margit Mayer*

Amerikas progressive Bewegungen angesichts von Pandemie und rassistischer Polizeigewalt

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2021-0006>

Zusammenfassung: Dieser Beitrag untersucht, inwiefern die in der Trump-Ära und insbesondere im Wahl- und Pandemie-Jahr 2020 aktiven progressiven sozialen Bewegungen sich von früheren unterscheiden und neue Chancen bieten. Dabei wird zunächst aufgezeigt, wie sich in der enormen Breite und Vielfalt der *Trump Resistance* Konvergenz-Tendenzen um Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit sowie um antirassistische Mobilisierungen herausbilden. Der nächste Abschnitt fokussiert auf *Social Justice*-Bewegungen und kontextualisiert sie in der von zunehmender Vermögensungleichheit geprägten Klassenstruktur der USA. Diese Bewegungen sowie die Ausbreitung der auch von nicht-Schwarzen getragenen *Black Lives Matter*-Mobilisierungen nach der Ermordung von George Floyd im Mai 2020 werden im Kontext der spezifisch amerikanischen Entwicklung eines rassistisch geprägten Siedler-Kapitalismus und (entsprechend limitierter) Bewegungs-Traditionen interpretiert, wodurch ihre historischen Chancen in den Blick geraten. Die in der Trump-Ära ebenfalls erstarkten rechten Bewegungen artikulieren ihrerseits Widersprüche des amerikanischen *racial capitalism*, wie am Schluss an Hand des ‚Sturms auf’s Kapitol‘ gezeigt wird.

Abstract: The article explores how the progressive social movements, which mobilized during the Trump era and expanded even more dramatically during 2020 (a year marked by a polarizing election and a pandemic), differ from their precursors and offer new opportunities. It first shows how, within the breadth and diversity of the *Trump Resistance*, demands for social and racial justice and the rejection of police violence emerged as themes allowing shared understandings. Next, it contextualizes the explosion of anti-poverty, anti-eviction, and anti-precarization movements within the changing US class structure increasingly characterized by

*Kontakt: Dr. Margit Mayer, Senior Fellow, Center for Metropolitan Studies, TU Berlin,
E-Mail: margit.mayer@metropolitanstudies.de

accelerating inequality. These movements, as well as the wide-spread mobilizations around *Black Lives Matter* after the police murder of George Floyd in May 2020, are then interpreted within the frame of the US-specific development of racial capitalism and its (correspondingly limited) movement traditions. This interpretation allows us to identify the historically unique opportunities of these contemporary movements. Far right movements, which also expanded during the Trump era, similarly articulate contradictions of racial capitalism and its associated limited democracy, as is shown in the discussion of the storming of the Capitol.

Im Jahr 2020 erlebten die Vereinigten Staaten ein nie dagewesenes Erstarren sozialer Bewegungen im ganzen Land. Trotz Pandemie gingen Menschen auf die Straße, um gegen Polizeigewalt, Rassismus und Krieg, gegen die Klima- und Umweltkrise, für eine umfassendere Krankenversicherung, für die Rechte von Frauen, LGBTQ und anderer diskriminierter Gruppen zu demonstrieren. Am stärksten mobilisierten die wiederholten Fälle rassistischer Polizeigewalt, die auch nach dem Mord an George Floyd am 25. Mai in Minneapolis kein Ende nahmen (Putnam u. a. 6/2020). Gleichzeitig erstarkte, ermuntert durch die Rhetorik des Präsidenten, auch die Mobilisierung von rechts. Hinzu kamen Proteste gegen Anti-Corona-Maßnahmen, die von der Republikanischen Partei sowie von rechten Medien unterstützt wurden (Martina u. a. 2020). Dieser Beitrag fokussiert auf einige der progressiven, auf soziale Gerechtigkeit zielenden Bewegungen und untersucht, inwiefern sie neue Eigenschaften aufweisen und möglicherweise auch neue Chancen bedeuten. In vielerlei Hinsicht stellen sie Kontinuitäten in der Geschichte US-amerikanischer Bewegungen dar, aber zugleich unterscheidet sich die antirassistische, von breiten und bunten Koalitionen getragene Mobilisierung seit Mai 2020 deutlich von ihren Vorläufern.¹

Die überaus lebendigen und vielfältigen Aktivitäten, die sich im Lauf des Jahres 2020 im ganzen Land manifestierten, und an denen sich tausende von Menschen erstmalig beteiligten, basierten gleichwohl auf bereits früher entwickelten Strukturen, Handlungspraxen und Narrativen. Der Text greift diese Traditionen anhand eines Überblicks über das Protestgeschehen in der Ära Trump auf. In zwei folgenden Abschnitten werden die Bewegungen, die in 2020 besonders wirkmächtig wurden, gesondert dargestellt: das Protestgeschehen um *Social Injustice* sowie das gegen Rassismus und Polizeigewalt. Der letzte Abschnitt reflektiert die Proteste und den historischen Moment, den sie markieren, im Kontext der spe-

¹ Putnam u. a. (8/2020) sprechen von einer „wider range of places and different mix of people than the 2017 anti-Trump wave“.

zifischen US-amerikanischen Entwicklung eines Siedlerkapitalismus, die über weite Strecken von einer „geteilten Demokratie“ geprägt blieb.

1 Die „Trump Resistance“ – Heterogenität und zunehmende Kohärenz der Proteste

Schon die Amtszeit Trumps geriet aus Perspektive der Bewegungsforschung zu einer Ära der Superlative. Im Hinblick auf Umfang, Themenspektrum und geographischer Verteilung übertraf das Protestgeschehen in den ersten Jahren der Trump-Administration alles Vorherige (Andrews u. a. 2018; Meyer/Tarrow 2018, Fisher 2019). Die „Trump Resistance“ begann bereits während des Wahlkampfs 2015/16, verstärkte sich nach Trumps Wahlsieg im November 2016, störte die Feierlichkeiten zur Amtseinführung und kulminierte am Tag danach mit dem „Women’s March“ im bis dato größten Protestereignis der USA. Am 21. Januar 2017 nahmen landesweit über vier Millionen Menschen an mehr als 600 Orten an Protestveranstaltungen teil. Zur zentralen Demonstration in Washington kamen etwa 500.000 Menschen. Zu den Jahrestagen 2018 und 2019 wurden jeweils wieder „Women’s Marches“ veranstaltet, die vor allem auf die Mobilisierung von WählerInnen zielten. Jenseits großer Aufmärsche richtete sich die Energie der Proteste bald darauf, nachhaltige organisatorische Strukturen und Demokratische KandidatInnen für politische Ämter auf allen Ebenen aufzubauen. Dabei entwickelte dieser Widerstand bald eine eigene Infrastruktur (Gose/Skocpol 2019; Skocpol/Tervo 2020).

Im Verlauf seiner Amtszeit löste Trumps Vorgehen immer wieder neue Protestaktionen, Blockaden, Demonstrationen und Versammlungen aus, die unterschiedlichste Gruppen auf Straßen, an Flughäfen oder Großbaustellen zusammenbrachten – etwa wegen des Aus- oder Weiterbaus von Öl- und Gas-Pipelines oder aufgrund der Anordnung von Abschiebungen, der Verweigerung von Asyl, der Trennung von Kindern und Eltern oder des Einreiseverbots für Staatsangehörige muslimischer Staaten (siehe <https://sites.google.com/view/crowdcountingconsortium/reports-trends>).

Auf den ersten Blick scheinen sich diese Protestereignisse in die „lange amerikanische Tradition thematisch sehr spezifischer, basismobilisierender Bewegungen“ einzufügen, die sich durch ihren dezentralen Charakter von europäischen Bewegungen unterscheiden (Kitschelt 1985). Tatsächlich jedoch entstanden bei vielen dieser Anlässe Gelegenheiten, die Gemeinsamkeiten in den spezifischen Missständen sichtbar machten. Beispielsweise entwickelte sich in North Dakota, wo die Regierung den Ausbau der Dakota Access Pipeline (DAPL) forcierte, eine Dynamik, bei der die Widerstand leistenden UmweltschützerIn-

nen und indigenen Standing Rock Sioux direkte und indirekte Unterstützung aus unterschiedlichsten Richtungen erfuhren: von Armeeveteranen, die sich schützend zwischen paramilitärische Polizei und Protestierende stellten bis hin zu Stadtregierungen, die ihr Geld aus Banken wie Wells Fargo abzogen, die die umstrittenen Pipelines finanzieren (Wong/Levin 2017; Levin 2017; Tobias 2017). So setzte, was als umweltpolitischer Kampf zum Schutz von „sacred tribal grounds“ der Sioux begonnen hatte, schließlich den historischen Konflikt zwischen Siedlern und Erstbewohnern wieder auf die Agenda (Gurley 2017).

Im Maß, wie die Trump-Regierung in den folgenden Jahren vor allem an der Südgrenze die Abweisung von Flüchtlingen und MigrantInnen verschärfte, intensivierten und vervielfältigten sich auch hier die Proteste. Einerseits riefen Zusammenschlüsse aus nationalen Organisationen (wie der American Civil Liberties Union, der National Domestic Workers Alliance, Organisationen der Katholischen Kirche u. a.) zum Protest auf gegen die Trennung von Kindern „illegal eingereister“ Familien von ihren Eltern sowie gegen ihre Lager-Internierung durch ICE (die Bundesbehörde, die die USA vor illegaler Immigration schützen soll, *Immigration*



Quelle: by Koshu Kunii on Unsplash

and Customs Enforcement). Aktionen in mehr als 750 Städten in sämtlichen Staaten der USA folgten bspw. am 30. Juni 2018 diesem Aufruf. Auch 2019 riefen nationale Organisationen (MoveOn, United We Dream, American Friends Service Committee, Families belong together) zu Protesten gegen die unmenschlichen Bedingungen in den Abschiebezentren sowie gegen Familientrennungen auf (Frazin 2019; siehe auch https://www.close-thecampsnow.org/event/close-camps-now_attend/).

Andererseits initiierten diverse unabhängige lokale Gruppen dezentral an vielen Orten direkte Aktionen gegen dort jeweils geplante Internierungsmaßnahmen, so etwa im Juli 2019 in Fort Sill, Oklahoma, wo die Regierung die Internierung von Kindern asylsuchender MigrantInnen vorsah. Das 1869 errichtete Fort diente in seiner langen Geschichte bereits als Gefängnis für vertriebene Indigene sowie während des Zweiten Weltkriegs als Konzentrationslager für japanische AmerikanerInnen. Gruppen, die sich für die Rechte von Einwanderern einsetzen, blockierten gemeinsam mit indigenen AktivistInnen sowie Nachfahren von Überlebenden der japanisch-amerikanischen Internierungslager für mehrere Stunden den Eingang zum Fort sowie den Autobahnverkehr (Democracy Now 2019a und 2019b). Gleichzeitig engagierten sich unterschiedliche humanitäre Organisationen wie beispielsweise „No More Deaths“ nicht nur für eine Reform des Einwanderungsgesetzes anhand von Prinzipien, die die Würde und Rechte der MigrantInnen achten, sondern halfen auch praktisch, indem sie in der Wüstenregion Arizonas Wasserflaschen verteilten und so Flüchtende vor dem Verdursten retteten, obwohl sie selbst damit erhebliche Gefängnisstrafen riskierten (<http://forms.nomoredeaths.org/about-no-more-deaths/>).

Ebenfalls eskaliert sind Proteste gegen die vielfältigen und aggressiven Maßnahmen, die die Öl- und Gasförderung auf die letzten verbliebenen Naturparks und Indigenen-Reservate ausdehnten und so das Artensterben, die Umweltzerstörung und die Erderwärmung vorantrieben. Dabei traten – nicht erst mit den Fridays-for-Future-Protesten – vor allem Jugendliche in den Vordergrund. Viele von ihnen scheuten sich nicht, PolitikerInnen der Demokratischen Partei unter Druck zu setzen, um so auf deren stärkere Unterstützung für den Green New Deal hinzuwirken. Zum Beispiel besuchten (11 bis 24-jährige) Jugendliche, die dem „Sunrise Movement“, „Youth vs. Apocalypse“, oder den „Bay Area Earth Guardians“ angehörten, die Senatorin Dianne Feinstein in ihrem Büro und überzeugten sie davon, ihre eigene, weniger ambitionierte Resolution zum Klimawandel zurückzuziehen (Chavez/Grim 2019). Diese Gruppen unternahmen landesweite Aktionstage, an denen sie mit Bürobesuchen und Bürobesetzungen VertreterInnen beider Parteien drängten, den Green New Deal zu unterstützen.

Neben neuen Bewegungen von SchülerInnen und Jugendlichen wie „Youth Climate Strike“ und „Fridays for Future“ oder den auf zivilen Ungehorsam setzenden AktivistInnen von „Extinction Rebellion“ mobilisierten auch die schon

länger etablierten Umwelt- und Ökologiegruppen, und erhielten nun wachsende Aufmerksamkeit und Unterstützung. So hatte die bereits 2008 gegründete Organisation “350.org” seit langem internationale Klima-Aktionstage sowie Grassroots-Kampagnen gegen die fossilen Industrien, gegen Fracking und den Bau von Pipelines sowie für den Ausbau erneuerbarer Energien organisiert (<https://350.org/about/>). Und schon 2017 hatten Tausende in Washington beim People’s Climate March demonstriert. Aber erst den neu hinzukommenden jugendlichen AktivistInnen gelang es am 20. September 2019 mit Klimastreik-Aktionen an 1.184 Orten, an denen sich Hunderttausende beteiligten, die Klimabewegung auf ein Niveau zu heben, das einen Politikwandel in den Bereich des Möglichen rückte (Chenoweth u. a. 5-2020).

Auch der durch den Streik der Chicago Teachers Union 2012 eingeläutete neue Zyklus von ArbeiterInnenbewegungen erlebte unter Trump weitere Höhenflüge. Nicht nur konnte der ebenfalls 2012 begonnene “Fight for 15” (Kampf um Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 15\$) auf einzelstaatlicher und lokaler Ebene viele Erfolge einfahren. Zudem verdeutlichten die LehrerInnen, die sich 2018 in konservativen Südstaaten wie West Virginia, Oklahoma und Arizona längst überfällige Lohnerhöhungen erstreikten, dass auch Arbeitskämpfe wieder auf der Agenda stehen. Bei diesen wilden, sich rasant ausbreitenden Streiks ging es nicht nur um angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen, sondern auch um die bessere Ausstattung von Schulen und um besser versorgte Communities, also um gemeinwohlorientierte Forderungen. Damit erzielten sie breite Unterstützung in der Bevölkerung. Obendrein gelang es ihnen, die Strategie der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst zu beeinflussen: Seither ist Standard, dass der Kampf um die Qualität der öffentlichen Infrastruktur unter Bedingungen der Austerität mit Mobilisierungen jenseits des Arbeitsplatzes einhergehen muss (Blanc 2019).

Beim anfänglichen Organisieren der Streiks spielten Facebook-Gruppen eine zentrale Rolle, wobei in West Virginia Mitglieder der “Democratic Socialists of America” (DSA) die Initiative ergriffen. Diese aus der Neuen Linken hervorgegangene Organisation hat mit der Sanders-Kampagne und Alexandria Ocasio-Cortez’ Sieg starken Zulauf erfahren: Während die Mitgliederzahl zwischen 2011 und 2015 etwa 6.000 betrug, stieg sie mit der Wahl Trumps im November 2016 auf 10.000 und erreichte im Juni 2018 mit den Erfolgen der DSA-Mitglieder Ocasio-Cortez und Rashida Tlaib bei den Vorwahlen die Marke von 40.000. Im November 2020 gehörten bereits mehr als 85.000 meist junge Menschen in 181 relativ autonomen Ortsgruppen den DSA an. Neben den beiden Kongressabgeordneten Ocasio-Cortez und Tlaib sind etwa 100 gewählte VertreterInnen auf einzelstaatlicher oder lokaler Ebene DSA-Mitglieder, darunter sechs Angehörige des Chicagoer Stadtrats (Henwood 2020).

Auch die Proteste gegen rassistische Polizeigewalt haben sich in der Zeit der Trump-Regierung rasant ausgebreitet. Nachdem mehrere AfroamerikanerInnen von Polizisten ermordet wurden, formierte sich 2013 unter dem Hashtag “Black Lives Matter” (BLM) eine neue Bewegung. Sie erzielte landesweite Aufmerksamkeit, als sie nach den Polizeimorden an Eric Garner im Juli 2014 in New York und an Michael Brown in Ferguson, Missouri, mit massiven Demonstrationen gegen unablässige rassistische Drangsalierung, Racial Profiling und brutale, häufig tödliche, Behandlung im Polizeigewahrsam protestierte. In den folgenden Jahren vernetzten sich lokale BLM-Gruppen bundesweit, über 60 lokale Organisationen veröffentlichten nach intensiven gemeinsamen Diskussionen 2016 eine „Vision for Black Lives“, die nicht nur einen Plan zur Beendigung des strukturellen Rassismus beinhaltet, sondern auch zur ökologischen und sozialen Transformation der Gesellschaft.²

Ihre Aktivitäten belebten auch andere Bewegungen wie die der Gewerkschaften neu (Elk 2018). Immer wieder, wenn People of Color oder transsexuelle Menschen durch Polizeigewalt ums Leben kamen, organisierte die Bewegung Mahnwachen, Märsche, Protestaktionen oder zivilen Ungehorsam und machte so das Thema “racial (in)justice” in der amerikanischen Öffentlichkeit stärker sichtbar (Burch u. a. 2020). Da diese Mobilisierung nach Ausbruch der Corona-Pandemie zu einer bestimmenden Größe nicht nur in der amerikanischen Bewegungslandschaft wurde, wird sie unten detaillierter dargestellt.

Der Ausbruch der Pandemie schien zunächst die Intensität und Ausbreitung der diversen oppositionellen Bewegungen zu mindern. Aber die AktivistInnen haben Wege gefunden, ihren Protest auf sozial-distanzierte Weise und/oder mit Maske zum Ausdruck zu bringen. Obendrein koppelten sie den physischen Protest mit digitalen Strategien und Kampagnen, die sie über die sozialen Medien austragen (Chenoweth u. a. 2020). So protestieren sie etwa mit Auto-Korsos vor Abschiebeknästen oder veranstalten Hupkonzerte vor Gouverneurs-Residenzen oder Bürgermeisterwohnungen, um ihre Forderungen zu unterstreichen.³ Allein im Monat April 2020 wurden über 240 Protestereignisse gezählt, die von Politikern eine effektivere Reaktion auf die Pandemie forderten oder Krankenhausbeschäftigte in deren Protest gegen ungenügende Schutzausstattung bestärkten.

² <https://m4bl.org/policy-platforms/>.

³ <https://eu.azcentral.com/story/news/local/pinal/2020/04/10/coronavirus-protesters-call-release-immigration-detainees-eloy/5132843002/>;

<https://ctmirror.org/2020/04/06/a-noisy-protest-then-prison-chief-confirms-he-has-been-reducing-inmate-population/>;

<https://www.latimes.com/california/story/2020-04-01/coronavirus-renter-relief-eric-garcetti-getty-house-protest>.

Bisweilen kam es auch zu Gegendemonstrationen gegen Anti-Lockdown-Proteste, bei denen sich KrankenpflegerInnen in Masken und OP-Kleidung den Autos der Lockdown-Gegner in den Weg stellten (Chenoweth u. a. 5-2020). Proteste gegen das privatisierte Gesundheitssystem, mangelhafte Krankenversicherung und die soziale Unterversorgung armer und marginalisierter Bevölkerungsgruppen weiteten sich in demselben Maße aus, in dem die Defizite der Krankenhäuser und ihrer Intensivstationen offenbar wurden und wie Suppenküchen und karitative Einrichtungen an ihre Grenzen stießen. Auch diese Protestbewegungen werden im Folgenden gesondert diskutiert.

2 Bewegungen für *Social Justice*

Angesichts des defizitären Sozialstaats in den USA haben “Poor People’s Movements” (Piven/Cloward 1977) eine lange Geschichte. Seit jeher skandalisieren unterschiedliche, meist lokal orientierte Bewegungen Armutprobleme und versuchen gleichzeitig, das löchrige soziale Netz des US-Wohlfahrtsstaats auszugleichen, indem sie Überlebenshilfe für Arme, Obdachlose oder nicht versicherte Kranke organisieren. Deren Zahlen nahmen in den USA selbst während der fordistischen Wachstumsphase nicht ab, da rassistisch diskriminierte Gruppen auch von diesem Modell ausgeschlossen blieben und das Sozialhilfeprogramm nie als Kompensation für fehlende Arbeitsmarktpartizipation, sondern primär für Alleinerziehende konzipiert war.

Die Bankenkrise von 2007/2008 beschleunigte den bereits seit den 1970er Jahren mit der Neoliberalisierung der Gesellschaft einhergehenden Umverteilungsprozess von unten nach oben. Nicht nur der millionenfache Verlust von Wohnungen und die Vernichtung von Arbeitsplätzen produzierten Proteste, sondern vor allem der Bailout der großen Investment-Banken der Wall Street, mit dem die Obama-Administration auf den Bankenkollaps reagierte. Stadtteil-Organisationen mobilisierten gegen räuberische Banken-Praktiken und unterstützten von Zwangsräumung bedrohte Familien (Mayer 2011). Schließlich formierte sich mit spektakulären Platzbesetzungen und anhaltenden *encampments* eine neue progressive Massenbewegung, die “*Occupy Wall Street*” (OWS) getauft wurde, und sich im Herbst und Winter 2011/12 auf mehr als 400 Städte ausbreitete. Unterschiedliche progressive Gruppen fanden sich mit bislang Unorganisierten, vor allem Jugendlichen, in ihrem Protest gegen wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeit unter diesem Dach. Direkt-demokratische Aktionsformen und horizontale Beteiligungsstrukturen sicherten Occupy Wall Street schnell wachsende Sympathien in der Öffentlichkeit. So gelang es dieser Bewegung, das Thema der wach-

senden Ungleichheit auf die politische Agenda zu setzen sowie den Reichtum und die Macht der „1 %“ zu skandalisieren.

OWS kann in zweifacher Hinsicht als Wegbereiter der 2020er Massenbewegung gelten: Zum einen führte OWS mit der These von der Spaltung der amerikanischen Gesellschaft in die 1 % versus 99 % einen wegweisenden Slogan ein und politisierte damit die massive Umverteilung in den vier Jahrzehnten der Neoliberalisierung. Zum anderen initiierten die AktivistInnen nach der Räumung der Zeltlager neue Kooperationen mit Stadtteilgruppen, Gewerkschaften, Studierenden, arbeitslosen Graduierten, migrantischen wie anti-rassistischen Organisationen und solchen, die sich für Gefängnis- und Strafrechtsreform einsetzen. Damit wurde die Basis für die Diversität der heutigen Bewegung gelegt.

In der neuen Klassenstruktur der USA gehören die unteren 90 % der US-Gesellschaft sämtlich zu den Verlierern einer massiven Umverteilung. Dabei haben Offshoring, Deindustrialisierung und Prekarisierung nicht nur die Arbeitsplätze in den unteren Segmenten des Arbeitsmarkts erfasst, sondern auch diejenigen der Mittelschichten. Eine Studie der Rand Corporation zeigte jüngst auf, wie ungemein stark sich die Einkommensungleichheit zwischen 1975 und 2018 intensiviert hat: \$47 Billionen wurden von den unteren 90 % zu den oberen 10 % umverteilt (Price/Edwards 2020). Diese Billionen konzentrieren sich besonders bei den obersten 0,1 %, die im Verlauf der vergangenen 40 Jahre ihren Anteil am Reichtum der amerikanischen Nation auf 20 % gesteigert haben.

Seit Ausbruch der Pandemie hat sich die Vermögensungleichheit weiter extrem verschärft: Schon nach den ersten drei Monaten war der Reichtum amerikanischer Milliardäre um 20 % gestiegen, während gleichzeitig 45,5 Millionen AmerikanerInnen ihre Jobs verloren hatten (Americans for Tax Fairness 2020). Auch das Hilfspaket der Regierung trug mehr zur Bereicherung der Konzerne bei als zur Absicherung von kleinen und mittleren Unternehmen oder der Kommunalhaushalte (DePillis u. a. 2020). Immerhin erleichtert die extreme – und weiter zunehmende – ökonomische Ungleichheit die Identifikation eines gemeinsamen Gegners, gegen den dann Allianzen geschmiedet werden können.

Die Diversität der Koalitionen sowie die Breite der von OWS aufgegriffenen Themen – soziale Ungleichheit, die Macht der Großkonzerne, der Einfluss von Geld in der Politik, Umweltzerstörung und Klimawandel, Datenschutz und (digitale) Überwachung, Kriege und Militarisierung – heben diese Bewegung von früheren ab. Mit dieser Vielfalt stellte die Bewegung einen Zusammenhang zwischen verschiedenen Formen von Entrechtung und Enteignung her, indem sie den Raubbau an Natur und Mensch mit den Interessen wirtschaftlicher und politischer Eliten assoziierte – in der Geschichte US-amerikanischer Bewegungen stellte dies ein Novum dar.

Neben einem landesweiten Netzwerk “Occupy Our Homes” gegen Zwangsvollstreckungen und Räumungen sowie weit verbreiteten *Anti-eviction* Kampagnen (Sheppard-Matsuo u. a. 2015) entstanden auch neue Kampagnen von NiedriglohnarbeiterInnen der Fastfoodketten und der „Associates” von Walmart für existenzsichernde Löhne. Diese konnten bereits 2013/14 einige Erfolge, wie zum Beispiel die Erstattung von Millionen Dollars an geraubtem Lohn, erzielen. Selbst in den Südstaaten formierte sich 2013 ausgehend von North Carolina, eine neue, auf soziale Rechte gerichtete Protestbewegung. Eine Serie von lokalen *Moral Monday*-Kundgebungen kulminierte 2014 in einem *Moral March on Raleigh*, wo mehr als 80.000 zum Regierungssitz marschierten, um gegen die Politik der Republikanisch-geführten Staatsregierung zu protestieren. Wie in der Bürgerrechtsbewegung spielen in dieser *Social justice*-Bewegung Prediger – insbesondere Benjamin Barber – führende Rollen (Wootson 2017). Vor zwei Jahren stieß sie eine landesweite *Poor People’s Campaign*⁴ an, die sich dem Kampf gegen Vermögensungleichheit, das defizitäre Gesundheitssystem und die Wegsperrpolitik der Regierung widmet. Anlässlich der George Floyd-Proteste thematisierte die Kampagne die Zusammenhänge zwischen Armut, Rassismus, Strafjustiz und Klimakrise, wobei sie betonte, dass manche Armutsprobleme die des Rassismus übertreffen (Eligon 2020; Carlisle 2020).

Die Folgen der Pandemie verschärften die soziale Ungleichheit. Sie stürzten weit mehr Menschen direkt in Arbeitslosigkeit, Verschuldung und Armut als in Krankheit und Tod. „Nicht-essentielle“ ArbeiterInnen verloren mit ihren Jobs meist auch die Krankenversicherung und bald die nicht mehr finanzierbare Wohnung (Smialek 2020; Shierholz 2020). Denn die einmalige Unterstützungsleistung von \$1.200 sowie ein kurzfristig aufgestocktes Arbeitslosengeld (das maximal sechs Monate fließt) überantworten sie bald dem seit je minimalen, inzwischen aber völlig erodierten Sozialstaat. „Systemrelevante“ ArbeiterInnen wiederum, die für die Aufrechterhaltung des Gesundheitswesens, der Nahrungsversorgung und des Transportsystems gebraucht werden, sind erhöhten Gesundheitsrisiken ausgesetzt. Sie gehören überwiegend zu den untersten Einkommenschichten und sind existentiell abhängig von Jobs, die sich nicht aus dem Home Office erledigen lassen.

Eigentlich sollte ihre “Systemrelevanz” in der Pandemie die Bedingungen für Arbeitskämpfe verbessern. Es kam auch zu einer Welle von Aktionen und vereinzelt auch zu Streiks wegen gefährlicher Arbeitsbedingungen und mangelnder Schutzvorkehrungen (Covert 2020a), besonders bei Beschäftigten in Krankenhäu-

⁴ Der Name zeugt von der Inspiration durch Martin Luther Kings *Poor People’s Campaign*, die durch dessen Ermordung vor 50 Jahren gestoppt wurde.

sern sowie in Alten- und Pflegeheimen, bei Amazon-Beschäftigten oder in fleischverarbeitenden Betrieben. Allerdings konnten kaum Konzessionen erkämpft werden (Combs 2020; Atkins 2020).

Auch Obdachlosigkeit sollte der öffentlichen Gesundheit wegen vermieden werden, weshalb das Center for Disease Control and Prevention (CDC) ein Mietemoratorium erlassen hat, das allerdings von Anfang an begrenzt war und sofort mit tausenden von Gerichtsverfahren bekämpft wurde (die meisten wurden von der – von den Koch-Brüdern finanzierten – *New Civil Liberties Alliance* betrieben) (Romm 2020; Covert 2020b). Mancherorts haben Stadtverwaltungen Obdachlose in Hotels und Motels untergebracht; zumeist wurden sie von WohnungsaktivistInnen zu solchen innovativen Lösungen getragen (Short 2020). In Oakland erzielte die *Moms 4 Housing*-Bewegung (<https://moms4housing.org/aboutm4h>), die schon Anfang des Jahres den weitverbreiteten Wohnungsleerstand angesichts akuter Wohnungsnot mit einer Besetzungsaktion skandalisierte (Kim 2020), erst im Kontext der Pandemie einige Erfolge, und inspirierte Nachahmungen in anderen Städten (Dillon 2020).

In all diesen auf unterschiedliche soziale Missstände zentrierten Kämpfen wird stärker denn je der Zusammenhang mit anderen auf soziale Gerechtigkeit zielenden Kämpfen thematisiert. Dieser Zusammenhang besteht nicht nur darin, dass *alle* Missstände primär arme, ausgegrenzte und rassistisch diskriminierte Menschen treffen, sondern auch darin, dass die Kürzung öffentlicher Mittel gegen Armut und Ungleichheit zum ewigen Vorwand für mehr Polizei und repressivere Ordnungspolitik werden.

3 Bewegungen gegen Rassismus und Polizeigewalt: Die Floyd-Aufstände

Der Mord an George Floyd im Mai 2020 hat den Protest gegen rassistische Polizeigewalt neu entfacht. Die Bewegung gewann eine nie dagewesene Ausbreitung und Resonanz: Von anfänglichen lokalen Aufständen entwickelte sie sich zu einer US-weiten, multi-ethnischen Massenbewegung (Buchanan u. a. 2020; Putnam u. a. 6-2020), die eine deutliche Verschiebung in der öffentlichen Wahrnehmung bewirkte.⁵

⁵ So Taylor (2020): „By June, the persistence and duration of the protests had produced historic changes in white people’s perceptions. A national poll recorded an unprecedented shift in opinion: seventy-one per cent of whites said that they think racism and discrimination are

Zum zentralen Motto der Bewegung ist die noch wenige Monate zuvor nur in randständigen linken Kreisen thematisierte Forderung avanciert, die Finanzmittel für Polizeikräfte zu kürzen: *Defund the police!*⁶ Denn sechs Jahre nach den Morden an Mike Brown und Eric Garner hat sich an der routinemäßigen und straffreien rassistischen Polizeigewalt trotz diverser Bundesprogramme, die – mittels Bias Training und Sensibilitäts-Schulungen – rassistische Polizeigewalt eindämmen sollten, nichts geändert (Vitale 2020). Kommunen in sämtlichen Staaten haben im Lauf der letzten Jahre kontinuierlich ihre soziale Infrastruktur abgebaut, ihre Sozialwohnungsprogramme gekürzt, städtische Krankenhäuser geschlossen und Mittel für Jugendprogramme zurückgefahren. Gleichzeitig erhöhten sie die bereits seit den 1970er Jahren expandierenden Polizeibudgets, so dass in vielen Städten die Ausgaben für Polizei mit mehr als 30 % des Gesamthaushalts den größten Posten ausmachen.

Die Pandemie hat die bislang verdeckten Zusammenhänge zwischen rassistischer Diskriminierung, Armut, Strafjustiz, und Gesundheitsrisiken dramatisch sichtbar gemacht. Die Bewegungen skandalisierten diese in allen Bereichen, in großen wie kleinen Städten, in Suburbia wie auf dem Land (Sisson 2020). Sie übersetzten sie in zahlreiche konkrete, lokal- und bereichsspezifische Forderungen, um die Abschaffung von Polizeipräsenz an Schulen⁷, die Einführung anti-rassistischer Lern-Module im Unterricht (Deto 2020), die Rechenschaftspflicht für Polizeibeamte, die Entlassung von Gefängnisinsassen (Reinhart/Chen 2020) oder restriktive Vorschriften bei polizeilicher Gewaltanwendung gesetzlich und institutionell zu verankern. Der gemeinsame Nenner ist die Forderung nach Umverteilung: Statt die Polizeikräfte immer weiter aufzurüsten, wären die Mittel besser in der kommunalen Daseinsvorsorge, in sozialen Dienstleistungen, bezahlbaren Wohnungen und einem öffentlichen Gesundheitssystem angelegt. Umgekehrt engagieren sich auch AktivistInnen in diesen Bereichen seit den Floyd-Protesten für die Umschichtung der Finanzmittel weg von den Polizeibehörden hin zur städtischen sozialen Infrastruktur (Bernd 2020).

a “big problem” in the United States, and fifty-five per cent said that the anger of the protests was fully justified. In a different poll, sixty per cent expressed support for the Black Lives Matter movement.“

6 Manche in der Bewegung fordern angesichts der gescheiterten moderaten Polizeireformansätze die komplette Abschaffung der Polizei in ihrer heutigen Form, so z. B. <https://populardemocracy.org/news-and-publications/congress-must-divest-billion-dollar-police-budget-and-invest-public-education>.

7 https://laist.com/2020/07/02/la_school_police_cut_reactions.php; <https://www.startribune.com/mps-school-board-ends-contract-with-police-for-school-resource-officers/570967942/>.

Bislang sind die USA noch weit entfernt von solcher Umverteilung. Zwar haben sich unter Trump und besonders in der Pandemie die Widersprüche und Konflikte zwischen (demokratisch geführten) Regierungen von Einzelstaaten oder Bürgermeistern großer Städte (wie Seattle, Chicago oder Minneapolis) und der Bundesregierung häufig zugespitzt. Aber genauso oft haben repressive und gewalttätige Polizeikräfte, bisweilen auch verstärkt durch Einsätze der National Guard, unterstützt von der jeweiligen kommunalen Verwaltung, die Oberhand behalten. Die Umstände, die dazu führten, dass in einigen Städten der Druck der Bewegung zu positiven Reaktionen geführt hat, sind bislang noch nicht systematisch untersucht.⁸

Die Trennung zwischen Bewegungen für soziale Gerechtigkeit (Abschnitt 2) und Bewegungen gegen Rassismus und Polizeigewalt (Abschnitt 3) wird also zunehmend artifizuell. Ihre Verschmelzung manifestierte sich auch in der Absorption von AktivistInnen aus beiden Bereichen in die Wahlkampagne der Demokratischen Partei. Als die Protestwelle im Gefolge der Ermordung von George Floyd ausbrach, wurde BLM zu einem Auffangbecken für die entmutigten Sanders-Unterstützer (nachdem dieser aus dem Rennen geschieden war), das sie in lokale Wahlkampagnen kanalisierte. Die vielfältigen Koalitionen von DSA, BLM, Sunrise movement, Gewerkschaften u.v. a., die sich in der Wahlkampagne der Demokraten engagierten, haben nicht nur lokal vielfach für progressive Erfolge gesorgt, sondern verhalfen, zumindest in Georgia und Arizona, Joe Biden zu seinem Sieg (Hess 2020; Grim/Lacy 2020). Einen spektakulären Erfolg erzielten sie mit ihren *grassroots*-Mobilisierungen für die Stichwahl für zwei Senatsposten aus Georgia Anfang Januar 2021, womit erstmalig ein Schwarzer Senator aus einem Südstaat nach Washington entsandt – und damit gleichzeitig eine (wenn auch äußerst knappe) demokratische Mehrheit im Senat gesichert wurde.

Die Vorstellungen und Ziele dieser lokalen, sich wechselseitig zunehmend überlappenden Bewegungen sind weitgehend deckungsgleich: Sie sind sich einig über die Notwendigkeit einer klassenbasierten, ethnisch inklusiven Organisationsstrategie, die gleichzeitig die Erfahrungen und Forderungen von BLM priorisieren und jungen Frauen aus den ‚ethnic communities‘ eine führende Rolle einräumen muss.⁹ Aber ob sie auch die organisatorische Kraft aufbringen, die

⁸ Beispielsweise hat sich der Stadtrat von Minneapolis verpflichtet, die Polizeibehörde abzubauen (Searcey/Eligon 2020). Die Stadt New York verabschiedete ein Gesetz, das die Anwendung bestimmter brutaler Polizeigriffe und anderer Praktiken verbietet (Ferré-Sadurní/McKinley 2020). Zu weiteren Erfolgen siehe Noor 2020.

⁹ “Nearly half of the 10 percent of American adults who report attending a protest in support of Black Lives Matter last month identify as independents. That’s important because, in general, independents are less likely to be politically engaged or optimistic about politics or to vote. Yet

notwendig wäre, um die Biden-Harris-Regierung zu einer wahrhaft progressiven Politik zu zwingen – entgegen der Wünsche der Finanz- und Big Tech-Sektoren und angesichts der Hälfte des Landes, die zu einem nicht mehr erfüllbaren ‚Amerikanischen Traum‘ zurückkehren wollen?

4 Versprechen und Versagen der amerikanischen Demokratie

Die Eigenarten der amerikanischen Bewegungen lassen sich nicht erklären ohne Rekurs auf die Geschichte von Siedlerkolonialismus, Sklaverei und „racial capitalism“ sowie auf die starke Tradition von Liberalismus und Individualismus. Diese Geschichte hat nicht nur die Entwicklung früherer Phasen, sondern besonders auch die Verwüstungen des ungezügelten neoliberalen Kapitalismus der letzten Dekaden geprägt (Mayer 1991; 2020a). Dies spezifisch amerikanische Vermächtnis hilft, sowohl die Vehemenz des aktuellen Bewegungszyklus auf der progressiven und linken Seite, als auch das Erstarken der Bewegungen auf der reaktionären und rechten Seite zu verstehen. Beide resultieren aus dem Scheitern des amerikanischen Versprechens von Demokratie.

Eine zentrale Voraussetzung für die zwei Jahrhunderte lang äußerst erfolgreiche Ausdehnung und Prosperität der USA war die Erfahrung der „offenen Grenze“, in der die weiße Siedlergesellschaft nach Westen expandierte. Genauso zentral waren die Prozesse der gewaltsamen Aneignung von Natur wie auch der Indigenen sowie der aus Afrika importierten versklavten Arbeitskräfte, welche allerdings im Gründungsmythos der USA verschwiegen werden. Die Westausdehnung („westward expansion“) ermöglichte den weißen Siedlern nicht nur materiellen Wohlstand, sondern auch individuelle Freiheiten und Rechte, ohne dadurch die liberale Gesellschaftsordnung zu gefährden. Dieser „amerikanische Exzeptionalismus“ liegt der spezifischen Konflikttradition der USA zugrunde: Der Klassenantagonismus konnte abgefedert, der Widerspruch zwischen sklavenhaltendem Süden und „freiem“ Norden mehrfach aufgeschoben werden. Da alle (weißen, männlichen) Bürger vom Recht auf Privateigentum profitierten – seit der Ära Jackson besaßen sogar die Besitzlosen und Ungebildeten unter diesen das Wahlrecht –, blieben radikale Herausforderungen marginal.

the message that voting is necessary – if not sufficient – has rung out at protests. From Kansas City to Sacramento, protesters registered voters” (Putnam u. a. 2020; siehe auch Davis 2020).

Zwar basierte die Expansion der *frontier* auf der gewaltsamen Enteignung und Vertreibung indigener Bevölkerungen bzw. der militärischen Eroberung Mexikos, aber spätestens mit Frederick Jackson Turners "frontier thesis" wurde von diesem konkreten brutalen Prozess abstrahiert: Die Grenze wurde umgedeutet zu dem Ort bzw. dem Prozess, wo das freiheitliche (weiße) Siedlertum das Wilde und die Natur zivilisierte. Dieser – von Gewalt und Rassismus gereinigte – Gründungsmythos der USA (der sich seit dem Spanisch-Amerikanischen-Krieg sowie dem Philippinisch-Amerikanischen Krieg immer wieder in imperialen Kriegen und globalen Markterweiterungen erneuerte) hat bis heute die Grundlage für die spezifische Ausprägung der US-amerikanischen Gesellschaft und Politik geboten. Nun aber beginnt dieser Gründungsmythos zu bröckeln.

Die Widersprüche und Krisen des amerikanischen Gesellschaftsmodells lassen sich nicht länger externalisieren oder vertagen. Die Möglichkeiten der Expansion nach Westen, die der amerikanischen Gesellschaft ein Ventil zur Lösung ihrer regionalen Konflikte und Klassenwidersprüche geboten hatten, sind längst dahin, und die darauffolgende Geschichte kriegerischer und marktvermittelter Expansion, die den Frontier-Mythos noch lebendig erhielt, hat die Welt an den Rand des ökologischen Kollaps und in die Klimakatastrophe geführt. Damit ist die bewährte amerikanische Methode, gesellschaftliche Konflikte durch Expansion und Wachstum zu befrieden, an ihre Grenze gestoßen. Trumps Regierung und die Republikanische Partei haben das Ende des grenzenlosen Wachstums sowie die Klimaerwärmung zumindest implizit konzediert – und reagierten auf die sich damit abzeichnenden Verteilungskämpfe mit dem Bau der „großen Mauer“ sowie mit dem offenen Eintreten für die weiße Vorherrschaft (Grandin 2019).

Der Gründungsmythos der USA und der Traum immerwährender Prosperität des amerikanischen Fordismus erlaubten es sehr lange, zentrale Konflikte wie diejenigen um die Enteignung und Ausrottung der indigenen Bevölkerung sowie die um die Versklavung und Entrechtung der afroamerikanischen Bevölkerung zu verdecken – genauso wie den Konflikt zwischen ArbeiterInnen und Unternehmern: Probleme wie Rassismus und Ausbeutung würden ja schließlich mit wachsendem Reichtum der Gesellschaft überflüssig werden. Und Rechte für Gewerkschaften, Frauen, sowie die Bürgerrechte für AfroamerikanerInnen konnten, wenn dann stets während und aufgrund von expansionistischen Momenten erstritten werden. Aber inzwischen zeigen sich allenthalben die Grenzen der Ausbeutbarkeit der Natur und des Planeten sowie die Erschöpfung des neoliberalen Wachstumsmodells, das selbst mit neuen und neuesten Formen von Finanzialisierung keine Lösungen für wachsende soziale Probleme anzubieten hat.

Soziale Bewegungen in USA hatten es im Rahmen des so lange so erfolgreichen Modells schwer, die Verteilungsgerechtigkeit in der US-amerikanischen Gesell-

schaft zu attackieren, sozialistische oder kommunistische Bewegungen blieben weitgehend marginal. Erst mit der Identifizierung der „1 %“ durch “Occupy Wall Street” gelangte die Skandalisierung von Ungleichheit und die Forderung nach “social justice” auf die politischen Tagesordnung, haben damit auch sozialistische Bewegungen wie DSA Zulauf bekommen. Auch dass der Kapitalismus der USA ein besonderer, nämlich rassistisch geprägter „racial capitalism“ ist, wurde zwar immer wieder dargelegt (von Autoren wie W.E. Dubois [1987], Eric Williams [1944], Cedric Robinson [1983, 2017] u. a.), aber erst jetzt definiert sich eine Bewegung als „rebellion against racial capitalism“ (Kelley 2020).

Während die progressiven Bewegungen über die Einsicht in die rassistische Prägung des amerikanischen Kapitalismus Kohärenz über viele verschiedene Kampffelder herstellen konnten, ruft just diese Prägung im aktuellen Moment sich verschärfender Verteilungskämpfe das Vermächtnis der für die längste Zeit der amerikanischen Geschichte höchst unvollständigen Demokratie auf den Plan: „Wahre Demokratie“ ist in den USA grade mal 55 Jahre alt. Zwar wurde die Sklaverei durch den Sieg der Nordstaaten im Bürgerkrieg (1861–65) abgeschafft, aber die Phase der „Rekonstruktion“, die den Wiederaufbau und die staatliche Neuordnung der ehemaligen Konföderationsstaaten arrangieren sollte, war von heftigen Konflikten innerhalb der Eliten des Nordens geprägt, während sich im Süden die Interessen gegen die Aufgabe der weißen Vorherrschaft organisierten.¹⁰

Diese Situation erlaubte den Südstaaten, schließlich den unklaren Wahlausgang um die Präsidentschaft 1877 zu einem Deal zu nutzen, in dem sie Hayes das Amt des Präsidenten zubilligten – allerdings unter der Bedingung des vollständigen Truppenabzugs und damit der Bundesaufsicht aus den Südstaaten. Dieser „Kompromiss von 1877“ bedeutete nicht nur das jähe Ende der kurzen Rekonstruktionsphase, sondern auch den Beginn der fast ein weiteres Jahrhundert dauernden Segregation und legalen Diskriminierung von AfroamerikanerInnen. Erst mit der Bürgerrechtsbewegung gelang es, dies System amerikanischer Apartheid abzuschaffen und politische sowie Bürgerrechte auch den Schwarzen BürgerInnen zu gewähren (Verabschiedung 1964 des Bürgerrechts- und 1965 des Wahlrechtsgesetzes).¹¹ Obwohl ungeteilte Demokratie in der Geschichte USA also

10 Der Ku-Klux-Klan wurde 1866 von ehemaligen Angehörigen der Konföderierten gegründet, und spielte eine bedeutende Rolle bei der Wiederherstellung der Herrschaft der Weißen in North Carolina, Tennessee und Georgia.

11 Trotz offizieller Gleichberechtigung wirkt die jahrhundertelange Ausbeutung, Entrechtung und Diskriminierung nach, die Disparitäten bei Einkommen und Ausbildung sind in den letzten 35 Jahren sogar noch gewachsen (Schermerhorn 2019). Eine Gesetzesvorlage zu Reparationszahlungen für die Opfer von Sklaverei und Rassismus wurde erstmals 1989 in den Kongress eingebracht, aber erst seit 2017 ernsthaft debattiert (Pilkington 2019).



Quelle: by Clay Banks on Unsplash

insgesamt keine 60 Jahre geherrscht hat (Gonzales/King 2003), ist die Rede von der „ältesten Demokratie“ fest verankert.

Als das liberale, multi-ethnische Amerika mit einem schockierten „This is not who we are!“ oder „This is not America“ auf die Schändung des Kapitols, das als Herzstück dieser Demokratie gilt, reagierte, leugnet diese Behauptung sowohl die starke Präsenz weißer Suprematie und rassistischer Bewegungen im Verlauf der amerikanischen Geschichte als auch die aktuelle Zweigeteiltheit des Landes.

Lange Geschichte rechter Bewegungen

Neben progressiven Bewegungen mobilisierten im Lauf der amerikanischen Geschichte auch rückwärtsgewandte, reaktionäre und xenophobe Bewegungen – insbesondere, um den auf weißen Privilegien basierenden ‚American way of life‘ zu verteidigen, den die Verfassung ursprünglich nur den besitzenden Schichten weißer Männer garantierte. Hier sei vor allem an jene Backlash-Bewegungen erinnert, mit denen verschiedene weiße Gruppen auf die Ausweitung demokratischer

Teilhabe mit der Bürgerrechtsgesetzgebung reagierten. Manche wurden – wie die vom Senator selbst mitbegründete – Goldwater-Bewegung direkt von konservativen Politikern unterstützt, andere organisierten sich als lokale und regionale *grassroots*-Formationen.

So entwickelten bspw. die zumeist weißen BewohnerInnen der (in den 1960er Jahren expandierenden) Vororte einen Anspruch auf ethnisch homogene Mittelklasse-Viertel. Solche rassistisch gefärbte Anspruchshaltungen prägten auch die von der Deindustrialisierung betroffenen Angehörigen der weißen Arbeiterklasse sowie die dank Reagans Austeritätspolitik einen sozialen Abstieg befürchtenden Gruppen. Diese Abstiegsängste befeuerten viele lokale, auf Ausgrenzung Nicht-Weißer zielende Mobilisierungen und bereiteten den Boden für antistaatliche Steuerrevolten, so dass in den 1980er Jahren in mehr und mehr Einzelstaaten Referenden, v. a. gegen die *property tax*, durchgesetzt werden konnten, bei denen konservative (suburbane) Eigenheimbesitzer oft Allianzen mit religiösen Fundamentalisten eingingen.

Als die Bankenkrise von 2007/2008 schließlich fast drei Millionen Arbeitsplätze vernichtete und auch die Bail-out-Politik der Regierung in breiten Schichten Unzufriedenheit auslöste, formierten sich rechte Proteste weitaus schneller als die erwähnte Occupy-Bewegung. Konservative Medien mobilisierten für bundesweit stattfindende „*Anti-Tax-Day*“ Tea Party-Kundgebungen im April 2009, die mehr als 300.000 Menschen in 346 Städten auf die Beine brachten und massive Medienresonanz erzielten. Hunderte von lokalen *Chapters* der Tea Party mobilisierten ihre Anhänger mit dem Mantra „Take back America“ – von einem nicht-weißen Präsidenten (Obama) und mächtigen Interessen, die angeblich die bislang für selbstverständlich gehaltene homogene, heterosexuelle, christliche, patriarchalische, weiße Mittelklasse-Gesellschaft und insbesondere den eigenen privilegierten Status in dieser Gesellschaft bedrohten (Good 2011). Dank Unterstützung vermögender Interessenorganisationen wie *Americans for Prosperity* oder *Freedom Works* gelang es der Tea Party nicht nur, die Republikanische Partei im Wahlkampf zu stärken, sondern obendrein auch, sie zu radikalisieren (Skocpol/Williamson 2013).

Die Republikanische Partei wiederum nutzte in den folgenden Jahren nicht nur lokale Tea Party-Ortsgruppen, sondern auch eine Reihe von (durch Spender und Stiftungen großzügig finanzierte) Vorfeld-Organisationen – von fundamentalistischen und konservativen Kirchengemeinden über lokale Radiostationen bis hin zu diversen sozialen Medien –, um über sie Millionen von WählerInnen zu erreichen (Nelson 2019). Ihnen versprach Trump, Amerika wieder großartig zu machen.

Mit seinem Einzug ins Weiße Haus gab Trump den nationalistischen, fremdenfeindlichen und rassistischen Bewegungen, die sich und ihre Strukturen kon-

tinuierlich weiter reproduzierten – wenn auch von den Medien kaum beachtet und von den Sicherheitskräften nicht annähernd so verfolgt wie die geschilderten progressiven Bewegungen¹² – sowohl neuen Auftrieb als auch Legitimation von höchster Ebene. Seit die Alt-Right-Bewegung praktisch in der Regierung vertreten ist, haben sich Aufmärsche rechtsextremer Gruppen, Attacken aus ihren Reihen auf anti-rassistische Aktivisten sowie Hinweise auf kollaborierende weiße Polizisten deutlich intensiviert. Nach der sog. *Unite the Right Rally* im August 2017 in Charlottesville (Virginia), bei der eine Gegendemonstrantin getötet und viele schwer verletzt wurden, sprach Trump von „Hass, Fanatismus und Gewalt auf vielen Seiten.“

Seine offensive Unterstützung für diese gewaltbereiten rechten Bewegungen sollte im Wahlkampfjahr 2020 noch deutlicher werden. Im Frühjahr forderte er seine Anhänger auf, Staaten wie Michigan, Minnesota und Virginia „zu befreien.“ Prompt demonstrierten rechte, oft schwer bewaffnete Milizen am Sitz der jeweiligen (demokratisch-geführten) Regierung, etwa in Lansing (Michigan), Sacramento (Kalifornien), Springfield (Illinois), Columbus (Ohio) u.v. a., vorgeblich um gegen restriktive Corona-Maßnahmen zu protestieren.

Als bei einer dieser Aktionen im Mai 2020 bewaffnete Demonstranten das Kapitol von Michigan stürmten, um die demokratische Gouverneurin Whitmer zur Rücknahme verabschiedeter Maßnahmen zu zwingen, erfolgten keinerlei Verhaftungen. Erst im Oktober 2020 wurden 13 Männer beschuldigt, die Entführung von Whitmer und weiterer demokratischer VolksvertreterInnen geplant zu haben (Bogel Burroughs 2020). Auch bei Angriffen von bewaffneten weißen Rechten auf BLM-Demonstranten griffen die Sicherheitsbehörden häufig verspätet oder überhaupt nicht ein (Willis u. a. 2020, Guardian 2020).

Schließlich weigerten Trump und eine Vielzahl republikanischer VolksvertreterInnen sich, das Wahlergebnis vom November anzuerkennen. Das Festhalten an dieser „big lie“ (Snyder 2021) bringt die verbreitete Haltung zum Ausdruck, dass eine starke Wahlbeteiligung von AfroamerikanerInnen zu fehlerhaften Resultaten, zu „Betrug“ führe. Schon Monate vor der Wahl machte Trump klar, dass er auf jeden Fall im Amt bleiben werde. Und seine Sicht, dass die Wahl „gestohlen“ worden sei, wurde von zahllosen republikanischen PolitikerInnen, auf Bundes- wie einzelstaatlicher Ebene, rhetorisch und praktisch unterstützt: durch gerichtliche Anfechtung von Ergebnissen, durch Verzögerung der Zertifizierungen in den Staaten, und zuletzt durch die Anfechtung der Stimmen der Elektoren.

¹² Zwar warnte das FBI in den letzten Jahren zunehmend vor der wachsenden Gefahr des „homegrown domestic terrorism“, aber diese Hinweise führten kaum zu strikterem Eingreifen der Ordnungsbehörden (Devereaux 2020).

Mit einer Rally „Save America“ am 6.1. planten einige republikanische Abgeordnete¹³, den Druck auf den abstimmenden Kongress zu erhöhen: Sie feuerten gemeinsam mit Trump ihre sich betrogen fühlenden Anhänger an, die Volksvertreter im Kapitol zur Rechenschaft zu ziehen. Dass nach diesem „Sturm auf's Kapitol“ immer noch acht republikanische Senatoren und 139 Abgeordnete das Wahlergebnis ablehnten, bestätigt die Bewegung, die längst nicht am Ende ist.

Ein gespaltenes Land

74+ Millionen Trump-WählerInnen stehen 81+ Millionen Biden-WählerInnen gegenüber und können scheinbar nur noch vermittelt über „Therapeuten“ miteinander kommunizieren (Langer 2020; vgl. Essi u. a. 2021). Diese politische Polarisierung hat wenig zu tun mit tatsächlichen materiellen Interessengegensätzen (die zunehmend eher zwischen den oberen 10% und unteren 90% existieren, siehe Mayer 2020b), aber sie wird – v. a. über die Instrumentalisierung von Ressentiments und rassistischen Vorurteilen – permanent und über viele unterschiedliche Kanäle verstärkt und befestigt.

Weil die USA inzwischen demographisch an der Schwelle des Wandels stehen von einer mehrheitlich weißen Gesellschaft zu einer Gesellschaft, in der ethnische ‚Minoritäten‘ und kulturell fremde MigrantInnen die Mehrheit bilden werden¹⁴, mobilisiert die Republikanische Partei gezielt Angst vor dem drohenden Verlust des ‚American way of life‘ und schürt Ressentiments gegen diejenigen, die an diesem Verlust „schuld“ sind. Sie operiert, so stellte Bartels bereits Anfang 2020 fest, mit einem „ethnozentrischen Alarmismus,“ der bei den meisten Anhängern der Partei verfängt. In seiner Befragung von Republikanern stimmte die Mehrheit dem Satz zu, dass “the traditional American way of life is disappearing so fast that we may have to use force to save it.” Und mehr als 40% teilten die Ansicht, dass “a time will come when patriotic Americans have to take the law into their own hands” (Bartels 2020). Sie lehnen eine multiethnische Gesellschaft ab und sind offenbar zunehmend bereit, ihre weiße Vorherrschaft und ihre Privilegien auch mit Gewalt zu verteidigen.

¹³ <https://theintercept.com/2021/01/11/capitol-plot-andy-biggs-paul-gosar/>.

¹⁴ “One of the most politically salient features of the contemporary United States is the looming demographic transition from a majority-White to a “majority-minority country” (Bartels 2020, S. 22757).

Unter den ‚Patrioten‘, die sich zum Sturm auf das Kapitol aufgerufen sahen, waren alle Gruppierungen der extremen Rechten vertreten, von den ultranationalistischen Streetgangs der Proud Boys¹⁵, über die Miliz der Oath-Keepers (die einen Bürgerkrieg für Trump entfachen will) und die paramilitärischen Boogaloo Bois, bis hin zur Qanon-Bewegung. Unter diesen allesamt weißen Nationalisten wurden einige identifiziert, die bereits 2017 an der *White Power Rally* in Charlottesville teilgenommen hatten. Daneben nahmen allerdings auch Ex-Militärs sowie aktive Armeeangehörige teil, sowie viele aus dem ganzen Land angereiste (*off duty*) Polizisten (Thompson/Fischer 2021, Olmstead 2021). Diese Durchmischung von zivilgesellschaftlichen Gruppierungen und paramilitärischen Organisationen mit Vertretern staatlicher Sicherheitsorgane ist es, was Faschismusforscher beunruhigt. Sozioökonomisch gesehen handelt es sich bei den bislang Verhafteten um respektable BürgerInnen, darunter UnternehmerInnen, Topmanager, Abgeordnete, Feuerwehrleute, und Immobilienmakler (Serwer 2021, Associated Press 2021, Egan 2021, Astor 2021, Caspani 2021, Rosner 2021).

Auch wenn Trump das Weiße Haus verlässt, bleibt ein erstarktes Segment sowohl innerhalb der Eliten als auch in der Zivilgesellschaft, das den Zielen der progressiven Bewegungen antagonistisch gegenüber steht. Es ist in den spezifisch amerikanischen Traditionen von weitreichender, aber sehr lange auf weiße Bürger beschränkte Demokratie verankert. Mit dem Ende des auf ungehemmter Ausbeutung von Natur und nicht-weißer Arbeit basierenden Gesellschaftsmodells erzielen rechte Bewegungen Resonanz bei all jenen, die den Verlust ihrer Privilegien fürchten. Gleichzeitig eröffnet der an seine Grenzen gestoßene Amerikanische Traum den progressiven Bewegungen die Chance, auf ein gerechteres, nachhaltiges, und uneingeschränkt demokratisches Modell hin zu organisieren.

Dr. Margit Mayer war lange Zeit Professorin für nordamerikanische und vergleichende Politik am JFK-Institut und FB Sozialwissenschaft der Freien Universität. Sie arbeitet aktuell am Center for Metropolitan Studies Berlin. E-Mail: margit.mayer@metropolitanstudies.de

Literatur

Americans for Tax Fairness 2020: 3 months into Covid-19 pandemic: billionaires boom as middle class implodes, 18. Juni: <https://americansfortaxfairness.org/issue/3-months-covid-19-pandemic-billionaires-boom-middle-class-implodes/>.

Andrews, Kenneth T./Caren, Neal/Brown, Alyssa 2018: Protesting Trump. In: Mobilization. The International Quarterly Review of Social Movement Research, 23 (4): 393–400.

¹⁵ Die Trump schon im September 2020 ermuntert hatte “to stand by” (Mackey 2020).

- Associated Press* 2021: Utica Business Owner arrested in Capitol Riot: They treated us like animals. In: Associated Press vom 11. Januar: <https://www.syracuse.com/state/2021/01/utica-business-owner-arrested-in-capitol-riot-they-treated-us-like-animals.html>.
- Astor, Maggie* 2021: Derrick Evans, a West Virginia legislator who stormed the Capitol, has resigned. In: NYT, 8. Januar: <https://www.nytimes.com/2021/01/09/us/politics/derrick-evans-resigns-capitol-riot.html>.
- Atkins, Joseph B.* 2020: Labor in the pandemic South. In: Portside vom 1.9.: <https://portside.org/2020-09-01/labor-pandemic-south>.
- Bartels, Larry M.* 2020: Ethnic antagonism erodes Republicans' commitment to democracy. In: Proceedings of the National Academy of Sciences of the USA, PNAS, 117/37 (15. September), S. 22752–22759.
- Bernd, Candice* 2020: Housing Activists Unite to Fight Mass Evictions and Defund Police. In: Truthout vom 6.7: <https://truthout.org/articles/housing-activists-unite-to-fight-mass-evictions-and-defund-police/>.
- Blanc, Eric* 2019: Red State Revolt. London: Verso.
- Bogel Burroughs, Nicholas* 2020: What we know about the alledged plot to kidnap Michigan's governor. In: NYT vom 18. Oktober: <https://www.nytimes.com/2020/10/09/us/michigan-militia-whitmer.html>.
- Buchanan, Larry/Quoctrung Bui/Patel, Jugal K.* 2020: Black Lives Matter May Be Largest Movement in US History. In: NYT vom 3.7.: <https://www.nytimes.com/interactive/2020/07/03/us/george-floyd-protests-crowd-size.html>.
- Burch, Audra D. S., Weiyi Cai, Gabriel Gianordoli, Morigan McCarthy, Jugal K. Patel* 2020: How Black Lives Matter Reached Every Corner of America. In: NYT vom 13.6.: <https://www.nytimes.com/interactive/2020/06/13/us/george-floyd-protests-cities-photos.html>.
- Carlisle, Madeleine* 2020: Reverend William Barber: George Floyd Protests respresent call to address systemic racism and poverty in the U.S. In: Time vom 4. Juni: <https://time.com/5846623/william-barber-floyd-protests-time100-talks/>, sowie <https://www.june2020.org>.
- Caspani, Maria* 2021: Off-duty police, firefighters under investigation in connection with U.S. Capitol riot. In: Reuters vom 10. Januar: <https://www.reuters.com/article/us-usa-election-police-investigation/off-duty-police-firefighters-under-investigation-in-connection-with-u-s-capitol-riot-idUSKBN29F0KH>.
- Chavez, Aida/Grim, Ryan* 2019: The viral confrontation with Dianne Feinstein had a political impact most pundits missed. In: The Intercept vom 1. März: <https://theintercept.com/2019/03/01/dianne-feinstein-green-new-deal-sunrise-movement/>.
- Chenoweth, Erica/Choi-Fitzpatrick, Austin/Pressman, Jeremy/. Santos, Felipe G/Ulfelder, Jay* 2020: The global pandemic has spawned new forms of activism – and they are flourishing. In: Guardian vom 20.4.: <https://www.theguardian.com/commentisfree/2020/apr/20/the-global-pandemic-has-spawned-new-forms-of-activism-and-theyre-flourishing>.
- Chenoweth, Erica/Putnam, Lara / Leung, Tommy/Pressman, Jeremy* 2020: Media coverage has blown anti-lockdown protests out of proportion. Recent anti-Trump rallies have been bigger than anti-lockdown protests. In: Vox vom 10.5: <https://www.vox.com/2020/5/10/21252583/coronavirus-lockdown-protests-media-trump>.
- Combs, Robert* 2020: Covid-19 has workers striking. Where are the unions? In: Bloomberg Law vom 14.4.: <https://news.bloomberglaw.com/bloomberg-law-analysis/analysis-covid-19-has-workers-striking-where-are-the-unions>.
- Covert, Bryce* 2020a: Hit hard by covid, nursing home workers threatened to strike – and won. In: The Nation vom 8.5.: <https://www.thenation.com/article/society/nursing-homes-covid/>.

- Covert, Bryce* 2020b: Despite the CDC's eviction ban, thousands of tenants are losing their homes. In: *The Nation* vom 4.11.: <https://www.thenation.com/article/society/evictions-tenants-covid/>.
- Davis, Mike* 2020: Trench Warfare. Notes on the 2020 election. In: *New Left Review* 126, Nov-Dez: <https://newleftreview.org/issues/ii126/articles/mike-davis-trench-warfare>.
- DePillis, Lydia/Elliott, Justin/Kiel, Paul* 2020: The big corporate rescue and the America that's too small to save. In: *ProPublica* vom 12.9.: <https://features.propublica.org/cleveland-bailout/the-big-corporate-rescue-and-the-america-thats-too-small-to-save/>.
- Democracy Now!* 2019a: Japanese American Internment Survivors Protest Plan to Jail Migrant Kids at WWII Prison Camp, 24.6.: https://www.democracynow.org/2019/6/24/stop_repeating_history_japanese_americans_incarcerated.
- Democracy Now!* 2019b: Activists protest Trump Admin Plan to jail migrant children at Fort Sill. 22.7.: https://www.democracynow.org/2019/7/22/headlines/activists_protest_trump_admin_plan_to_jail_migrant_children_at_fort_sill.
- Deto, Ryan* 2020: At Black Lives Matter rally, attendees call on North Allegheny school board to implement anti-racist policies. In: *Pittsburgh City Paper* vom 17.6.: <https://www.pghcitypaper.com/pittsburgh/at-black-lives-matter-rally-attendees-call-on-north-allegheny-school-board-to-implement-anti-racist-policies/Content?oid=17478410>.
- Devereaux, Ryan* 2020: Leaked documents show police knew far right extremists were the real threat at protests, not "antifa." In: *The Intercept* vom 15. Juli: <https://theintercept.com/2020/07/15/george-floyd-protests-police-far-right-antifa/>
- Dillon, Liam* 2020: Another group of homeless moms and families are taking over a house – this time in L.A. In: *Los Angeles Times* vom 15.3.: <https://www.latimes.com/homeless-housing/story/2020-03-14/homeless-moms-occupy-house-los-angeles-caltrans-coronavirus-pandemic>.
- Du Bois, W.E.B.* 1987: *Writings*. New York: Library of America.
- Eligon, John* 2020: From policing to climate change, a sweeping call for a „moral revolution“. In: *NYT* vom 20.6.: <https://www.nytimes.com/2020/06/20/us/poor-peoples-campaign-platform.html>.
- Elk, Mike* 2018: Justice in the factory: how Black Lives Matter breathed new life into unions. In: *Guardian* vom 10. 2.: <https://www.theguardian.com/us-news/2018/feb/10/black-lives-matter-labor-unions-factory-workers-unite>.
- Egan, Matt* 2021: CEO arrested for breaching the US Capitol during Trump-fueled insurrection. In: *CNN Business* vom 11. Januar: <https://edition.cnn.com/2021/01/09/business/capitol-hill-ceo-arrested-trump/index.html>.
- Essi, Cedric/Paul, Heike/Vormann, Boris* (Hg.) 2021: *Common Grounds? Transatlantic Perspectives on the State of American Democracy*. In: *AmerikaStudien/American Studies* 65/1, Heidelberg: Universitätsverlag Winter.
- Ferré-Sadurní, Luis/McKinley, Jesse* 2020: N.Y. bans chokeholds and approves other measures to restrict police. In: *NYT* vom 12.6.: <https://www.nytimes.com/2020/06/12/nyregion/50a-repeal-police-floyd.html>.
- Fisher, Dana R.* 2019: *American Resistance: From the Women's March to the Blue Wave*. New York: Columbia University Press.
- Frazin, Rachel* 2019: Progressive groups announce #ClosetheCamps protest against migrant detention funding. In: *The Hill* vom 28.6.: <https://thehill.com/latino/450944-progressive-groups-announce-closethecamps-protest-against-funding-migrant-detention>.

- Gonzales, Francisco/King, Desmond S.* 2003: The United States as a Divided Democracy. In: Robert Singh (Hg.): *Governing America: The Politics of a Divided Democracy*. Oxford: Oxford University Press: 32–52.
- Good, Chris* 2011: ‚Take back America‘: Two Decades in the Life of a Political Cliche. In: *The Atlantic* vom 21. Juni: <https://www.theatlantic.com/politics/archive/2011/06/take-back-america-two-decades-in-the-life-of-a-political-cliche/240755/>.
- Gose, Leah/Skocpol, Theda* 2019: Resist, persist, and transform: The emergence and impact of grassroots resistance groups opposing the Trump presidency. In: *Mobilization: An International Quarterly*, 24 (3): 293–317.
- Grandin, Greg* 2019: *The end of the myth: From the frontier to the border wall in the mind of America*. New York: Metropolitan Books.
- Grim, Ryan/Lacy, Akela* 2020: In Detroit, Minneapolis, and Philadelphia, organizing by progressives gave Biden a boost. In: *The Intercept* vom 6.11.: <https://theintercept.com/2020/11/06/election-biden-democrats-progressives/>.
- Guardian Staff* 2020: A father and a 26-year old skateboarder: the protesters killed in Kenosha. In: *The Guardian* vom 27. August: <https://www.theguardian.com/us-news/2020/aug/27/kenosha-protesters-killed-who-were-they-anthony-huber-joseph-rosenbaum>.
- Gurley, Gabrielle* 2017: Dakota Access Pipeline Fight May Open New Chapter of Indian-Federal Conflict. In: *The American Prospect* vom 10.2.: <http://prospect.org/article/dakota-access-pipeline-fight-may-open-new-chapter-indian-federal-conflict>.
- Henwood, Doug* 2019: Inside DSA’s Struggle to Move into the Political Mainstream. In: *The New Republic* vom 16.5.: <https://newrepublic.com/article/153768/inside-democratic-socialists-america-struggle-political-mainstream>.
- Hess, Joni* 2020: These are the women of colour who took down Trump. In: *Open Democracy* vom 17.11.: <https://www.opendemocracy.net/en/5050/these-are-women-colour-who-took-down-trump/>.
- Kaba, Mariame* 2020: Yes, We mean literally Abolish the Police. Because reform won’t happen. In: *NYT* vom 12.6.: <https://www.nytimes.com/2020/06/12/opinion/sunday/floyd-abolish-defund-police.html>.
- Kelley, Robin D.G.* 2020: The rebellion against racial capitalism. In: *Intercepted* vom 24.6.: <https://theintercept.com/2020/06/24/the-rebellion-against-racial-capitalism/>.
- Kim, E. Tammy* 2020: Moms 4 Housing: Redefining the Right to a Home in Oakland. In: *New York Review of Books* vom 9.3.: <https://www.nybooks.com/daily/2020/03/09/moms-4-housings-redefining-the-right-to-a-home-in-oakland/>.
- Kitschelt, Herbert* 1985: Zur Dynamik neuer sozialer Bewegungen in den USA. In: Brand, Karl-Werner (Hg.): *Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA. Ein internationaler Vergleich*. New York: Campus, 248–305.
- Lange, Marie-Astrid* 2020: Die Amerikaner gehen in die Selbsttherapie. In: *NZZ* vom 27.12.: <https://www.nzz.ch/international/graben-in-den-usa-amerikaner-gehen-in-selbsttherapie-ld.1593051>.
- Levin, Sam* 2017: Army veterans return to Standing Rock to form a human shield against police. In: *The Guardian* vom 11. 2.: <https://www.theguardian.com/us-news/2017/feb/11/standing-rock-army-veterans-camp>.
- Macky, Robert* 2020: Neo-Fascist Proud Boys Exult over Trump Telling Them to “Stand By,” not Stand Down. In: *The Intercept* vom 30. September: <https://theintercept.com/2020/09/30/neo-fascist-proud-boys-exult-trump-telling-stand-not-stand/>.

- Michael, Martina/Rhenshaw, Jarrett/Reid, Tim* 2020: How Trump allies have organized and promoted anti-lockdown protests. In: Reuters vom 22.4.: <https://www.reuters.com/article/us-health-coronavirus-trump-protests/how-trump-allies-have-organized-and-promoted-anti-lockdown-protests-idUSKCN2233ES>.
- Mayer, Margit* 1991: Social Movement Research and Social Movement Practice: The U.S. Pattern. In: Rucht, Dieter (Hg.): *Research on Social Movements: The State of the Art in Western Europe and the USA*. Frankfurt: Campus, 47–120.
- Mayer, Margit* 2011: Das neue Elend der US-Städte: eine avancierte Form des Klassenkampfes von oben. In: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 41 (2): 253–272.
- Mayer, Margit* 2020a: Soziale Bewegungen: Zwischen kommunitärer Solidarität und Gleichheitsversprechen. In: Lammert, Christian/Siewert, Markus/Vormann, Boris (Hg.): *Handbuch Politik USA*. Springer VS, 347–364.
- Mayer, Margit* 2020b: Wie verstehen wir die Wahl 2020 in den USA? In: [linksnetz.de](http://wp.links-netz.de/?p=469) vom 19. November: <http://wp.links-netz.de/?p=469>.
- Meyer, David S./Tarrow, Sidney* (Hg.) 2018: *The Resistance: The Emergence of the Movement against President Donald Trump*. New York: Oxford University Press.
- Mogelson, Luke* 2021: A Reporter's Footage from Inside the Capitol Siege. In: *The New Yorker* vom 17. Januar: <https://www.newyorker.com/news/video-dept/a-reporters-footage-from-inside-the-capitol-siege>.
- Nelson, Anne* 2019: *Shadow Network. Media, Money, and the Secret Hub of the Radical Right*. New York: Bloomsbury.
- Noor, Jaisal* 2020: Cities gain momentum to defund police, remove them from schools. In: *The Real News Network* vom 5.6.: <https://therealnews.com/columns/cities-gain-momentum-to-defund-police-remove-them-from-schools>.
- Olmstead, Molly* 2021: What new details reveal about the Capitol rioters' plans. In: *Slate* vom 11. Januar: <https://slate.com/news-and-politics/2021/01/capitol-riots-new-details-plans.html>
- Piven, Frances Fox/Cloward, Richard A.* 1977: *Poor People's Movements. Why They Succeed, How They Fail*. New York: Random House.
- Pilkington, Ed* 2019: 'Stain of Slavery': Congress debates reparations to atone for America's original sin. In: *The Guardian* vom 19. Juni: <https://www.theguardian.com/world/2019/jun/19/reparations-ta-nehisi-coates-cory-booker-congress-debate>
- Price, Carter C./Kathryn A. Edwards* 2020: Trends in Income from 1975 to 2018. In: Rand Corporation, September: https://www.rand.org/pubs/working_papers/WRA516-1.html.
- Putnam, Lara/Chenoweth, Erica/Pressman Jeremy* 2020: The Floyd protests are the broadest in U.S. history – and are spreading to white, small-town America. In: *Washington Post* vom 6. Juni 2020: <https://www.washingtonpost.com/politics/2020/06/06/floyd-protests-are-broadest-us-history-are-spreading-white-small-town-america/>.
- Putnam, Lara/Pressman, Jeremy/Chenoweth, Erica* 2020: Black Lives Matter beyond America's big cities. Here's the new geography of youth activism". In: *Washington Post* vom 8.7.: <https://www.washingtonpost.com/politics/2020/07/08/black-lives-matter-beyond-americas-big-cities/>.
- Reinhard, Eric/Chen, Daniel L.* 2020: Incarceration and its Disseminations: Covid-19 Pandemic Lessons from Chicago's Cook County Jail. In: *Health Affairs* 39/8: <https://www.healthaffairs.org/doi/10.1377/hlthaff.2020.00652>.
- Robinson, Cedric* 1983: *Black Marxism: The Making of the Black Tradition*. London: Zed Books.

- Romm, Tony* 2020: Landlords, lobbyists launch legal war against Trump's eviction moratorium, aiming to unwind renters' protections. In: Washington Post vom 12.10.: <https://www.washingtonpost.com/us-policy/2020/10/12/trump-renter-eviction-moratorium-lawsuits/>.
- Rosner, Elizabeth* 2021: Texas woman flew on private jet to Washington to 'storm the Capitol'. In: New York Post vom 8. Januar: <https://nypost.com/2021/01/08/texas-woman-flew-on-private-jet-to-washington-d-c-to-storm-the-capitol/>.
- Ruffin II, Herbert G.* 2015: Black Lives Matter: the Growth of a New Social Justice Movement. In: Blackpast vom 23.8.: <https://www.blackpast.org/african-american-history/black-lives-matter-growth-new-social-justice-movement/>
- Schermerhorn, Calvin* 2019: Why the racial wealth gap persists, more than 150 years after emancipation. In: Washington Post vom 19. Juni: <https://www.washingtonpost.com/outlook/2019/06/19/why-racial-wealth-gap-persists-more-than-years-after-emancipation/>.
- Searcey, Dionne/Eligon, John* 2020: Minneapolis will dismantle its police force, council members pledge. In: NYT vom 7.6.: <https://www.nytimes.com/2020/06/07/us/minneapolis-police-abolish.html>.
- Serwer, Adam* 2021: The Capitol Riot was an Attack on Multiracial Democracy. In: The Atlantic vom 7. Januar: <https://www.theatlantic.com/ideas/archive/2021/01/multiracial-democracy-55-years-old-will-it-survive/617585/>.
- Sheppard-Matsuo, Alma/Conor, Tomas Reed/McCleave Maharawal, Manissa* 2015: You can't evict a movement: Strategies for Housing Justice in the United States. In: Viewpoint Magazine: <https://www.viewpointmag.com/2015/10/01/you-cant-evict-a-movement-strategies-for-housing-justice-in-the-united-states/>.
- Shierholz, Heidi* 2020: At least 33 million workers are being hurt by the coronavirus recession. In: Economic Policy Institute vom 25.9.: <https://www.epi.org/blog/at-least-33-million-workers-are-being-hurt-by-the-coronavirus-recession/>.
- Short, April M.* 2020: A breakthrough agreement in Philadelphia could become a template to curb the housing crisis. In: Alternet vom 16.11.: <https://www.alternet.org/2020/11/philadelphia-homeless/>.
- Sisson, Patrick* 2020: In suburbs and small towns, racial justice takes central stage. In: Bloomberg City Lab vom 19.6.: <https://www.bloomberg.com/news/features/2020-06-19/protests-for-racial-justice-take-root-in-suburbia>.
- Skocpol, Theda/Tervo, Caroline* (Hg.) 2020: Upending American Politics: Polarizing parties, ideological elites, and citizen activists from the tea party to the anti-Trump resistance. NY: Oxford University Press.
- Skocpol, Theda / Vanessa Williamson* 2013: The Tea Party and the Remaking of Republican Conservatism. Oxford: Oxford University Press.
- Smialek, Jeanna* 2020: Poor Americans hit hardest by job losses amid lockdowns, Fed says. In: NYT vom 14.5.: <https://www.nytimes.com/2020/05/14/business/economy/coronavirus-jobless-unemployment.html>.
- Snyder, Timothy* 2021: The American Abyss. In: New York Times Magazine vom 9. Januar: <https://www.nytimes.com/2021/01/09/magazine/trump-coup.html>.
- Taylor, Keeyanga Yamattha* 2020: Why we should still defund the police. In: The New Yorker vom 14.8.: <https://www.newyorker.com/news/our-columnists/defund-the-police>.
- Thompson, A.C./Fischer, Ford* 2021: Members of several well-known hate groups identified at Capitol Riot. In: ProPublica vom 9. Januar: <https://www.propublica.org/article/several-well-known-hate-groups-identified-at-capitol-riot>.

- Tobias, Jimmy* 2017: These cities are pulling billions from the banks that support the Dakota Access Pipeline. In: *The Nation* vom 20.3.: <https://www.thenation.com/article/these-cities-are-divesting-from-the-banks-that-support-the-dakota-access-pipeline/>.
- Vitale, Alex S.* 2020: The only solution is to defund the police. In: *The Nation* vom 31.5.: <https://www.thenation.com/article/activism/defund-police-protest/>.
- Wong, Julia Carrie/Levin, Sam* 2017: Standing Rock Sioux: 'We can't back down now' on Dakota pipeline fight. In: *The Guardian* vom 25.1.: <https://www.theguardian.com/us-news/2017/jan/24/standing-rock-resistance-donald-trump-executive-order>.
- Williams, Eric* 1944: *Capitalism and Slavery*. Chapel Hill: University of North Carolina Press.
- Willis, Haley/Xiao, Muyo/Triebert, Christiaan/Koettl, Christoph/Cooper, Stella/Botti, David/Isma, John/Tiefenthäler, Ainara* 2020: Tracking the Suspect in the Fatal Kenosha Shootings. In: *NYT* vom 27. August: <https://www.nytimes.com/2020/08/27/us/kyle-rittenhouse-kenosha-shooting-video.html>.
- Wootson Jr./Cleve R.* 2017: Rev. William Barber builds a moral movement. In: *Washington Post* vom 29.6.: <https://www.washingtonpost.com/news/acts-of-faith/wp/2017/06/29/woe-onto-those-who-legislate-evil-rev-william-barber-builds-a-moral-movement/>.